

Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW
Frau Susanne Moers
Ravelsberger Straße 13
52146 Würselen

Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Johannes Vogel
Generalsekretär
Mitglied des FDP-Bundesvorstands

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-51
Fax 0211. 49 70 9-35

johannes.vogel@fdp.de
www.fdp.nrw

Düsseldorf, 2. Mai 2017

Sehr geehrte Frau Moers,

haben Sie vielen Dank für Ihre Nachricht und die Übermittlung der Wahlprüfsteine des Landeselternbeirats der Kindertageseinrichtungen NRW – gerne nehme ich für die Freien Demokraten hierzu Stellung.

1. Frühkindliche Bildung/KiBiz/Arbeitsmarktsituation

1.1

Halten Sie die derzeitigen Personalschlüssel in den Kindertagesstätten für ausreichend? Falls nicht, welchen Personalschlüssel streben Sie an?

Wie stellen Sie eine Berechnungsgrundlage sicher, die Fortbildung, Krankheit, Urlaubszeiten, Schwangerschaften, Verwaltungstätigkeiten des Fachpersonals beinhaltet?

Nein, Rückmeldungen von Eltern, Erzieherinnen und Experten zeigen uns tagtäglich: Die Betreuungsrelation in den Kitas in NRW ist nicht optimal. Viel zu oft fehlt die Zeit für die wichtige Arbeit mit den Kindern. Gemeinsam mit Eltern, Erzieherinnen und Wissenschaftlern wollen wir den für die frühkindliche Förderung bestmöglichen Personalschlüssel ermitteln und umsetzen. Dabei verstehen wir es als Selbstverständlichkeit, dass der festgestellte Personalschlüssel nicht durch die ausbleibende Berücksichtigung von Urlaubszeiten, Krankheit, Fortbildungen und Verwaltungsaufwand ausgehöhlt wird.

1.2

Durch steigende Nachfrage nach U3-Plätzen und einer steigenden Geburtenrate hinkt die Anzahl der Plätze dem Bedarf immer noch hinterher. Wie ist aus Ihrer Sicht eine bedarfsgerechte U3, aber auch Ü3 Versorgung zu erreichen?

Es braucht sowohl für U3- als auch für Ü3-Plätze weiterhin Förderzuschüsse zu den Investitionskosten. Die Kindertageseinrichtungen in NRW sind jedoch aktuell chronisch unterfinanziert. Die Neueröffnung einer Kita bedeutet für einen Träger derzeit eine erhebliche finanzielle Zusatzbelastung, weshalb vor allem eine auskömmliche Kita-Finanzierung wieder sichergestellt werden muss.

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG Düsseldorf
IBAN: DE83 3007 0024 0612 0026 00
BIC: DEUTDE33

1.3

Viele Einrichtungen haben Schwierigkeiten geeignete Kräfte zu finden, so dass oftmals Stellen über Monate unbesetzt bleiben. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen?

Wir warnen die Landesregierung schon seit Langem vor dem Fachkräftemangel, trotzdem wurde er von der rot-grünen Landesregierung bisher ignoriert. Gerade um zukünftig bessere Personalschlüssel realisieren zu können, müssen bereits jetzt mehr Fachkräfte ausgebildet werden. Dafür wollen wir die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher weiterentwickeln. Kernpunkt soll dabei die Möglichkeit einer dualen Ausbildung mit angemessener Vergütung sein. Außerdem sollen Fachkräfte aus der Logopädie, Ergotherapie sowie an Hochschulen ausgebildete Kindheitspädagoginnen und -pädagogen verstärkt in den Kitas eingesetzt werden.

1.4 bis 1.6

Halten Sie die bisherigen Maßnahmen zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund für ausreichend? Falls nicht, was möchten Sie tun, um die Integration dieser Kinder zu verbessern?

Halten Sie die bisherigen Maßnahmen zur Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien für ausreichend? Falls nicht, was möchten Sie tun, um die Integration dieser Kinder zu verbessern?

Halten Sie die bisherigen Maßnahmen zur Inklusion von Kindern mit Behinderungen für ausreichend? Falls nicht, was möchten Sie tun, um die Integration dieser Kinder zu verbessern?

Die Fragen 1.4 bis 1.6 werden zusammen beantwortet:

Jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft, hat das Recht auf bestmögliche Förderung. Damit die Kindertageseinrichtungen dies auch umsetzen können, braucht es eine entsprechend gute Finanzierung. Für die Betreuung von Kindern mit zusätzlichem Sprachförderbedarf oder auch von Kindern mit Behinderung soll den Trägern der Kindertageseinrichtungen ein zweckgebundener, zusätzlicher Zuschuss gewährt werden. Zudem setzen wir auf eine Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe und eine enge Verzahnung der entsprechenden Akteure. So müssen traumatisierte Kinder, beispielsweise aufgrund von Fluchterfahrungen, früh erkannt und entsprechend behandelt werden.

1.7

Allgemeiner Konsens zwischen den Parteien ist die Entwicklung eines neuen Gesetzes, das das KiBiz ablösen soll. Wie sehen Ihre Eckpunkte für ein neues Gesetz aus?

SPD und Grüne haben seit 2010 angekündigt, das Kibiz grundlegend reformieren zu wollen. Bis heute ist es jedoch bei dieser Ankündigung geblieben, die Regierungskoalition hat nicht einmal die versprochenen gemeinsamen Eckpunkte vorlegen können. Eine Reform muss nun nach der Wahl unverzüglich initiiert werden. Wir Freien Demokraten streben dabei konkret diese Verbesserungen im Kibiz an:

- Auskömmliche Kita-Finanzierung durch eine an die Tarifentwicklung gekoppelte Dynamisierung der Pauschalen.
- Zusammenfassen von nicht notwendigen Förderinstrumenten, um Bürokratie abzubauen.
- Optimale Erzieherinnen-Kind-Relationen.

- Genügend Zeit für die Arbeit mit den Eltern, für die Bildungsdokumentation und für Fortbildungen.
- Sicherstellung der individuellen Förderung aller Kinder in einer Kita.
- Flexible und damit bedarfsgerechtere Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen.
- Attraktivere Ausbildungsbedingungen für Erzieherinnen.
- Verbindliche und nach Einkommen sozial gestaffelte Obergrenzen für Elternbeiträge.
- DGE-Qualitätsstandards verpflichtend für Mahlzeiten in den Kitas.
- Verankerung des „altersgerechten Spielens“ als Aufgabe einer Kindertageseinrichtung.

1.8

Catering vs. Selber kochen in der Einrichtung: Wie sieht aus Ihrer Sicht die optimale Ernährung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen aus?

Es soll den Eltern und dem Träger obliegen, wie Mahlzeiten organisiert werden. Wir wollen das Angebot jedoch verbessern, indem die DGE-Qualitätsstandards für Mahlzeiten in Kitas künftig verpflichtend gelten.

Wie kann man den Kindern den Bezug zur Herkunft und Zubereitung von Lebensmitteln wieder näher bringen?

Der Umgang mit Lebensmitteln und die kindgerechte Vermittlung von Wissen darüber sind unserer Ansicht nach längst im professionellen Verständnis der Elementarpädagogik verankert und werden von den Erzieherinnen und Erziehern auch im Kita-Alltag thematisiert. Vorgaben erachten wir hier nicht als notwendig.

2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

2.1

Die derzeitigen täglichen Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen sind nicht für alle Eltern ausreichend und meist nicht flexibel. Benennen Sie Möglichkeiten, um die Eltern mit ihren Kindern zu unterstützen.

Die Zahl der Kitas, die in Nordrhein-Westfalen noch nach 17 Uhr geöffnet haben, ist unter der rot-grünen Landesregierung mittlerweile auf unter vier Prozent gefallen. Diese Entwicklung ist inakzeptabel, die Kindertageseinrichtungen müssen wieder in die Lage versetzt werden, auch längere Öffnungszeiten anbieten zu können. Die Lebenswirklichkeit umfasst nicht nur das klassische „9.00 bis 17.00 Uhr“-Arbeitsverhältnis. Gerade Eltern, die in Schichtarbeit tätig sind, und insbesondere Getrennt- oder Alleinerziehende brauchen nicht nur in den Randzeiten, sondern auch abends und über Nacht eine Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder. Einige Kitas sollten sich deshalb zu 24-Stunden-Kitas entwickeln können, die zu jeder Zeit Betreuung anbieten. Dies bedeutet nicht, dass Kinder 24 Stunden in einer Kita verbringen. Vielmehr wird dadurch ein Angebot geschaffen, mit dem Kinder etwa während der Nachtschicht der Eltern versorgt sind. Insgesamt soll die Zeit, die ein Kind in einer Kita verbringt, 45 Stunden pro Woche nicht übersteigen. Für die Randzeitenbetreuung erscheinen auch Kooperationen zwischen Kitas und Kindertagespflege als gute Lösung – Kommunen und Träger sind beim Ausbau solcher Angebote zu unterstützen.

2.2

Leider gibt es immer noch Schwierigkeiten bei der Übergangsbetreuung beim Übergang Kita/Schule. Welche Maßnahmen können Ihrerseits ergriffen werden?

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört auch, dass es beim Übergang des Kindes von der Kita zur Schule keine Betreuungslücke gibt. Auch für diese Phase der Überbrückung wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, idealerweise in der bisherigen Kindertageseinrichtung, haben.

2.3

Der Betreuungsbedarf der Eltern kann sich während des Kindergartenjahres ändern. Bisher können sich die Eltern aber nur 1x im Jahr für ein bestimmtes Kontingent entscheiden. Was kann Ihrer Ansicht nach getan werden, um hier mehr Flexibilität für die Eltern zu schaffen?

Unserer Ansicht nach ist die Abfrage nach dem jeweiligen Betreuungsbedarf grundsätzlich vielerorts nicht zufriedenstellend. Die Kommunen müssen zunächst vom Land darin unterstützt werden, auf wissenschaftlicher Basis den tatsächlichen Betreuungsbedarf der Eltern zu ermitteln. Darin müssen auch bisherige Erfahrungswerte einfließen, in welcher Form sich die Bedarfe über die Zeit entwickeln. Insbesondere wenn die Eltern eine Ausweitung des Betreuungsbedarfes wünschen, müssen die Träger und Kommunen Kapazitäten vorhalten, um den Eltern schnell und flexibel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen zu können.

2.4

Immer mehr Eltern, insbesondere auch Väter wünschen sich mehr Zeit für Ihre Kinder. Doch wirtschaftlicher Zwang durch steigende Lebenshaltungskosten, befristete Arbeitsverhältnisse, eine fehlende Akzeptanz von Elternzeit und die Angst beruflich ins Abseits zu geraten, wenn Eltern in Teilzeit gehen, stehen diesem Wunsch oftmals entgegen.

Welche familienpolitischen Ideen haben Sie zur Lösung der genannten Probleme junger Familien.

Wie kommen wir zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z.B. durch familienfreundlichere Arbeitszeiten statt einer ständigen Flexibilisierung der Eltern und Kinder?

Wir sehen gerade in der Möglichkeit, sich selbstbestimmt seine Arbeitszeiten einteilen zu können, eine große Chance zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen deshalb das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren und die bisherige Grenze der täglichen Höchstarbeitszeit von 8 bzw. 10 Stunden sowie die 11-stündige Ruhezeit aufheben. Stattdessen soll nur die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden vorgegeben sein, so wie es auch die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht. Auch Langzeitkonten (auch „Wertguthaben“ oder „Zeitwertkonten“ genannt) können ein entscheidendes Element für mehr Freiheit, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Hoheit über die Gestaltung des eigenen Lebenslaufes sein. Dass Eltern, gerade und zunehmend auch Väter, mehr Zeit für die Familie in Anspruch nehmen wollen und deshalb in Eltern- und/oder Teilzeit gehen, muss selbstverständlich sein und von den Unternehmen auch in ihrer Firmenkultur verankert und gelebt werden.

3. Finanzierung

3.1

Welchen Betrag aus dem Landeshaushalt sieht Ihre Partei zukünftig jährlich für die Finanzierung der Kinder im Kindergartenalter vor?

Ein konkreter Betrag lässt sich nicht benennen. In einem ersten Schritt muss zunächst festgelegt werden, welche Aufgaben in einer Kita umgesetzt werden sollen, welcher Personalschlüssel als dafür notwendig erachtet wird und wie die Finanzierung dauerhaft gesichert werden kann. Ein sehr wichtiger Faktor ist zudem die Anzahl der betreuten Kinder – Qualitätsverbesserungen werden stets auch eine noch größere Nachfrage hervorrufen, der unbedingt entsprochen werden muss. In einem zweiten Schritt müssen dann die Anteile des Landes im Verhältnis zu allen weiteren Finanziers der Kita-Landschaft festgelegt werden.

3.2 bis 3.4

Möchten Sie die Eltern von Elternbeiträgen entlasten oder sind Sie für die vollständige Beitragsfreiheit der Kindertagesbetreuung? Wenn ja, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum wollen Sie die Entlastung/Beitragsfreiheit umsetzen?

Was hat für Ihre Partei Priorität: Der Ausbau des Betreuungsangebots, die Verbesserung der Personalschlüssel/Qualität oder die Beitragsfreiheit der Eltern? Falls Sie eine Erhöhung der Ausgaben für frühkindliche Bildung/Kindesbetreuung vorsehen: Wie verteilen Sie den Mehrbetrag auf a) Ausbau des Betreuungsangebots, b) Verbesserung des Personalschlüssels/Qualität c) Verringerung der Elternbeiträge?

Die Fragen 3.2 bis 3.4 werden gemeinsam beantwortet:

Beitragsfreie Kindergärten sind wünschenswert und unser Ziel. Die Kitas in NRW sind jedoch zu stark unterfinanziert, um dies sofort umsetzen zu können. Kleinere Gruppen, mehr Erzieherinnen und flexiblere Öffnungszeiten haben Vorrang. Zusätzliche Mittel müssen also zunächst in die Qualität und Quantität der Kita-Plätze investiert werden.

3.5

Wie soll die Finanzierung dieser Beträge erfolgen?

Bildung muss wieder Priorität im Landeshaushalt genießen. Darüber hinaus muss sich die Landesregierung endlich mit den Eltern, den Kommunen und den Freien Trägern an einen Tisch setzen und eine Strategie für eine zukünftige gemeinsame Finanzierung entwerfen. Bei der Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze steht zudem auch der Bund in der Pflicht.

3.6

Wie sehen Sie die höchst unterschiedlichen Beitragshöhen und Beitragsstufen in den Kommunen in NRW?

Bis zur Umsetzung einer allgemeinen Elternbeitragsfreiheit sollen landesweit sozial gestaffelte Höchstgrenzen gelten.

3.7

Wie wollen Sie eine Transparenz im Finanzierungssystem gewährleisten?

Durch die Reduzierung der derzeit existierenden zahlreichen und unübersichtlichen Förderinstrumente. Wir sind überzeugt, dass sich die vielen verschiedenen Pauschalen und Zuschüsse auf einige wenige Förderungen zusammenfassen lassen.

4. Landeselternbeirat der Kindertagesstätten

4.1

Wie hat sich die Arbeit des Landeselternbeirats der Kindertagesstätten (LEB) in der letzten Legislaturperiode aus Ihrer Sicht entwickelt?

Der LEB war ein wichtiger Impulsgeber für Ideen zur Weiterentwicklung der Kita-Landschaft in Nordrhein-Westfalen und als Sprachrohr der Eltern für die politische Arbeit unerlässlich.

4.2

Wie sehen Sie die zukünftige Rolle des LEB?

Wir wünschen uns, dass sich der LEB weiterhin engagiert für die vielfältigen Bedürfnisse aller Eltern einsetzt.

4.3

Wie wollen Sie den LEB künftig unterstützen?

Die Arbeit des LEB muss durch eine auskömmliche finanzielle Förderung sichergestellt werden.

4.4

Welche Erwartungen haben Sie an den LEB?

Wir erwarten, dass der LEB die Belange der Eltern weiterhin mit Nachdruck in die politische Diskussion einbringt.

4.5

Die Elternbeiräte fordern eine klare gesetzliche Regelung ihrer Mitwirkungsrechte/Mitbestimmungsrechte. Wie kann die Arbeit der Elternbeiräte in den Einrichtungen und den Kommunen gestärkt werden?

Viele Rechte sind bereits gesetzlich normiert, werden jedoch in vielen Kitas noch nicht gelebt. Das Handbuch für Elternbeiräte des LEB stellt eine gute Grundlage dar, alle Eltern mit Kindern in Kindertageseinrichtungen umfassend über ihre Mitwirkungsrechte zu informieren. Zudem müssten aus unserer Sicht die Elternbeiräte bei der kommunalen Jugendhilfeplanung eingebunden werden.

4.6

Bislang gibt es immer noch keine Klärung der juristischen Form der Gremien Jugendamtselternbeirat (JAEb) und Landeselternbeirat (LEB). Wie kann nach Ansicht Ihrer Partei hier praktische Abhilfe geleistet werden und wie wollen Sie uns dabei unterstützen?

Diese juristische Fragestellung wollen wir in der kommenden Legislaturperiode gründlich überprüfen und die bestehenden Unklarheiten im Rahmen der zwingend durchzuführenden Kita-Reform beseitigen.

4.7

Die Jugendamtselternbeiräte fordern ein Stimmrecht im Jugendhilfeausschuss. Sind Sie ebenfalls dafür oder äußern Sie Ihre Bedenken.

Die konkrete Zusammensetzung der Jugendhilfeausschüsse obliegt den jeweiligen Kommunen. Die FDP würde es jedoch begrüßen, wenn sich die kommunalen Vertretungen selbst dazu verpflichten, Mitglieder von Elternbeiräten in den Jugendhilfeausschuss aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sabine Ullrich', written in a cursive style.